

Studierendenschaft der Universität Hamburg

Vorlage 2526/039

- Studierendenparlament -

Wahlperiode 2025/2026

13. Oktober 2025

Sachantrag

der Fraktionen „Liste Links“ und „junge sozialist:innen & fachschaftsaktive, SDS“

Zum Kampf um die Ausfinanzierung der Hochschulen als zivile öffentliche Einrichtungen!

Das Studierendenparlament möge beschließen:

Die der Universität aufgezwungene Kürzungsrunde von 5 % des Jahresetats in Fakultäten und Verwaltung bedeutet schwerwiegende Einschnitte. Angesichts der weltweit wachsenden Herausforderung zur Realisierung von Menschen- und Völkerrecht, sowie des wachsenden gesellschaftlichen Reichtums ist eine soziale Kehrtwende erforderlich und möglich: Ausfinanzierung der Hochschulen jetzt!

Das Studierendenparlament verlangt die Einberufung einer uniweiten, studentischen Vollversammlung für Mittwoch, den 05.11.2025, um 16 Uhr. Auf der Vollversammlung sollen die Erfahrungen mit den Kürzungen sowie mit Protest zusammengetragen und für eine gemeinsame Perspektive der Ausfinanzierung diskutiert werden. Die Zusammenarbeit mit Kolleg:innen aus dem wissenschaftlichen Mittelbau, dem Verwaltungsbereich sowie aus den Gewerkschaften wird gesucht.

In die Auseinandersetzung für die bedarfsgerechte Finanzierung der Universität Hamburg bringt das Studierendenparlament initiativ mit ein:

Die Unterfinanzierung der Hochschulen rührt aus den wachsenden Studierendenzahlen und wachsenden Aufgaben bei seit den 1970er Jahren eingefrorenen und damit sinkenden staatlichen Mitteln. In den 1970er Jahren wurden die Hochschulen aufgrund studentischer Bewegung sozial geöffnet, die Studierendenzahlen stiegen, das BAföG wurde eingeführt und der sozial-kritische wie allgemeinwohl-orientierte Bezug in den Wissenschaften wurde gestärkt. Dagegen richtet sich die strukturelle Unterfinanzierung als Mittel, die Hochschulen inhaltlich einzuhegen. Während noch im Jahr 1992 die Hochschulen noch 13.000 Euro staatliche Grundmittel je Studierenden erhielten, sind es im Jahr 2017 nur noch 7.140 Euro. Angesichts des wachsenden Reichtums und der staatlichen Billion für Aufrüstung sind dagegen die staatlichen Grundmittel je Studierenden wieder auf das schon einmal erreichte Niveau anzuheben, dafür ist der Grundetat um gut 80 Prozent zu erhöhen.

Kurzfristig geht es um den Ausgleich der Inflation und Tarifsteigerungen in Gänze seit 2016. Zudem muss der Senat die Zusatzaufgaben für IT-Sicherheit und die Mehrkosten für die reformierte Lehrerbildung vollständig übernehmen. Das bedeutet ab sofort 30 Millionen Euro jährlich mehr, fortan dynamisch angepasst an die jeweilige Tarifentwicklung und Inflation.

Aufgeklärte Wissenschaft und Bildung sind die sinnvolle humane Alternative zur Rohheit der Aufrüstung und des Kriegsgeheuls. Aus den erfolgreichen Kämpfen schöpfend, kommt es darauf an, öffentlich für die Bedeutung gut finanzierter Hochschulen zu überzeugen. Die bedarfsgerechte Finanzierung von Hochschulen fördert die Forschung, Lehre und Wissenschaft, welche für eine zivile, ökologisch nachhaltige, sozial verantwortliche und demokratische Entwicklung der Gesellschaft nötig sind.

So ist der Kampf um die Ausfinanzierung der Hochschulen Kampf um adäquate Finanzierung und Ausbau des Sozialstaats. Denn gesellschaftlich und persönlich sinnvoll ist die üppige Finanzierung von Kitas, Schulen, Hochschulen und der Weiterbildung; des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs; des sozialen Bedarfs im Gesundheitssystem; der erweiterte Teilhabe-Entwicklung in Kunst und Kultur; der besseren Grundlage für Museen und öffentliche Bibliotheken; der Stärkung der Sozialleistungen; der sozial-ökologische Bewältigung der Klimakrise; einer tatsächliche Entwicklungshilfe der arm gehaltenen Länder und einer besseren Handlungsfähigkeit der Kommunen.